

3./VI. 1917

**Wahlrechtsausschuß der Budapester
Bürger und Arbeiter.****Konstituierende Versammlung.**

Im Budapester Central-Demokratenklub fand heute Abends eine stark besuchte Versammlung statt, die die Bildung eines Wahlrechtsausschusses der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter beschloß. Die Versammlung war von den Bezirksklubs der Demokraten, mehreren kaufmännischen Verbänden, Privatbeamtenvereinen, verschiedenen Kasinos, der Karolyischen Unabhängigkeits- und 48er Partei, der radikalen Partei, den Christlichsozialen und den Feministen besetzt, ferner war die Leitung der sozialdemokratischen Partei vertreten. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Reichstagsabgeordneter Dr. Wilhelm Bássonhi gewählt, zum Vizepräsidenten der Arbeiterführer Alexander Garbai.

Dr. Wilhelm Bássonhi eröffnete die Sitzung mit einer längeren Rede, in der er die Gründe für die Bildung des Wahlrechtsausschusses auseinandersetzte. Jetzt sei die Zeit für die Verwirklichung der radikalen Wahlreform gekommen, für die Bürger und Arbeiter vereint kämpfen müssen. Das Grab des Regimes des Grafen Stephan Tisza will der Ausschuß mit einem großen Stein, dem allgemeinen Wahlrecht, bedecken, daß es nie mehr auferstehe. Daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht dem Ungarthum gefährlich sei, ist ganz unrichtig. Im Gegenteil, die Einigung aller Kräfte des Landes erfordert die Abschaffung des alten Wahlgesetzes, daß mit seiner Wahlbezirkseinteilung nur für die Nationalitäten von Vorteil ist. Die Nationale Arbeitspartei legte sich vor die Schienen des brausenden Zuges der neuen Zeit als Hinderniß und glaubt, der Zug könne nicht weitergehen, denn wenn sie vom Gegenteil überzeugt wäre, würde sie auf den rollenden Zug aufspringen. Das ist eine Verschwörung gegen das Volk, das bei der Nichterfüllung der Botschaft des Königs mahnehmen wird, daß man mit dem Wahlrecht nur ein leeres Spiel trieb. Nun ist es an der Zeit, für die Wahlreform zu arbeiten und nicht nur Reden zu halten. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde folgender Beschlusantrag eingebracht:

1. Wir erklären den Wahlrechtsausschuß der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter für konstituiert und fordern alle jene hauptstädtischen Korporationen, Organisationen und Personen auf, die mit uns vereint für das allgemeine, gleiche und geheime, auch auf die Frauen sich erstreckende Wahlrecht kämpfen wollen, ihren Anschluß je eher anzumelden.

2. Wir fordern, daß ein Wahlrechtskabinet gebildet werde, das die Reform des Wahlrechtes als erste zu lösende Aufgabe betrachtet, die durch keinerlei andere Frage verdunkelt oder in den Hintergrund geschoben werden darf.

3. Wir sind gegen jeden Versuch, das volkshassende Regime Tisza's in offener oder versteckter Form wieder herzustellen, zum entschlossenen und ausdauernden Kampf bereit.

Alexander Garbai erklärte hierauf, daß die sozialdemokratische Partei gegen jede Regierung, die nicht das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bringt, den Kampf eröffnen wird.

Der gewesene Justizminister Franz Székely sagte: Der heutige Tag ist ein Freudentag, die Bürgerschaft und die Arbeiter haben sich endlich vereint, um für die Wahlreform in die Schranken zu treten.

Graf Theodor Batthyány meldet den Anschluß der Karolyischen Unabhängigkeits- und 48er Partei an. Das radikale Wahlrecht sei dem Ungarthum nicht gefährlich.

Abgeordneter Prälat Alexander Gießwein führte aus, daß die Wahlreform zur Lösung zahlreicher sozialer Aufgaben, die des Reichstages harren, wichtig sei.

Dr. Viktor Jási meldete den Anschluß der radikalen Partei zur Resolution an.

Reichstagsabgeordneter Johann Sód hielt sodann eine große Rede über die Demokratie, die stürmische Beifallsäußerungen auslöste.

Nach den Reden wurde der Beschlusantrag einstimmig angenommen. Dr. Wilhelm Bássonhi schloß die Sitzung mit den Worten: Es lebe das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht.